



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Europa wagen

Mit Beiträgen von Joschka Fischer,
Wolfgang Schäuble und Guy Verhofstadt



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Europa wagen

Mit Beiträgen von Joschka Fischer,
Wolfgang Schäuble und Guy Verhofstadt

| Verlag BertelsmannStiftung

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Europa wagen

Mit Beiträgen von
Joschka Fischer
Wolfgang Schäuble
Guy Verhofstadt

| Verlag Bertelsmann Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 E-Book-Ausgabe (EPUB)
© 2010 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Joachim Fritz-Vannahme, Dr. Dominik Hierlemann
Redaktion: Sibylle Reiter
Herstellung: Sabine Reimann
Schaubilder/Grafiken: Christian Heydecker, Duisburg;
KircherBurkhardt GmbH, Berlin
Umschlaggestaltung: Nadine Humann
Umschlagabbildung: Thomas Kunsch, Bielefeld
Mit freundlicher Genehmigung von PLAYMOBIL.
PLAYMOBIL ist ein eingetragenes Warenzeichen
der geobra Brandstätter GmbH & Co. KG
Gesamtherstellung:
Druckerei Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld
ISBN : 978-3-**86793**-316-2

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhaltsverzeichnis

[Titel](#)

[Impressum](#)

[Über dieses Buch](#)

[1 Europas Demokratie](#)

[Einer für alle, alle für einen](#)

[Neue Leitbegriffe](#)

[Europa auf der Weltbühne](#)

[Eine neue Weltordnung](#)

[Der Euro in Not](#)

[Ein Präsident für alle](#)

[Eine Herkulesaufgabe](#)

[Konfliktpotenzial](#)

[Ein starker Präsident](#)

[Wo bleiben die Regierungschefs?](#)

[Neue Rolle für die rotierende Präsidentschaft](#)

[Literatur](#)

[Bundestag auf Europäisch](#)

[Mehr Macht für die nationalen Parlamente](#)

[EU als Verantwortungsgemeinschaft](#)

[Europa- oder Fachpolitiker?](#)

[Wissensvorsprung oder Informationsflut?](#)

[Volksvertreter als Öffentlichkeitsarbeiter](#)

[Debattenkultur ist Teilhabe](#)

[Literatur](#)

[Europäische Bürgerinitiative: Neuerung mit Sprengkraft](#)

[Historische Idee auf leisen Sohlen](#)

[Die aktuelle Debatte](#)

[Profitieren Bürger oder NGOs?](#)

[Bürgerinitiative online](#)

[Eine Chance für Parlament und Parteien](#)

[Europäische Öffentlichkeit stärken](#)

[Literatur](#)

[Zwischenruf - The »European Way of Life« - künstliches Konstrukt oder Exportschlager?](#)

[2 Europas Wirtschaft](#)

[Wirtschaftskrise in Mittel- und Osteuropa - Feuerprobe der erweiterten EU](#)

[Blick zurück: Osterweiterung der EU](#)

[Finanz- und Wirtschaftskrise der EU](#)

[Euro als Stabilitätsfaktor? Beitrittsaussichten](#)

[Konsequenzen für die EU](#)

[Literatur](#)

[Lissabon, die Zweite](#)

[Zuckerbrot statt Peitsche: »Naming« und »Praising«](#)

[Für einen Europäischen Sachverständigenrat](#)

[»EU-2020« im Budget](#)

[Europäische soziale Marktwirtschaft](#)

[Eine Stimme für den Euro](#)

[Auch nach zehn Jahren bleibt der Euro ein politischer Zwerg](#)

[Euro-Zone im IWF: Patchwork statt One Voice](#)

[Europa blockiert die Reform des IWF](#)

[Eine Währung, eine Stimme: ein Vorschlag](#)

[Eine deutsch-französische Initiative?](#)

[Gefragt sind die Staats- und Regierungschefs](#)

[Literatur](#)

[Wohlstand statt Wachstum](#)

[Die Beyond-GDP-Debatte - ein Überblick](#)

[Aktuelle politische Initiativen und Umsetzungsabsichten](#)

OECD: »Measuring the Progress of Societies«
Die Beyond-GDP-Initiative der Europäischen Kommission
Der Stiglitz-Report
Umsetzungsabsichten
Herausforderungen
Literatur

Zwischenruf - Die europäische Finanzkrise: Tragödie oder Aha-Erlebnis?

Kein europäischer Lösungsansatz für die Krise
Das griechische Aha-Erlebnis
Der europäische Wendepunkt
Angst vor dem Wettlauf um das größte Sparpaket
Eine Gemeinschaft und kein intergouvernementales Europa
Gemeinschaftsprinzip oder Intergouvernementalismus?
Die vier Säulen einer europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik
Ein nicht hinnehmbarer Gegensatz

3 Europas Weltbild

Hallo Nachbar! Für eine neue EU-Politik von Marokko bis Aserbaidschan

Die Europäische Nachbarschaftspolitik
Mittelmeerunion: Super-Vision vs. Trippelschritt
Schwarzmeer-Synergie - inklusiv, aber wirkungslos?
Die Östliche Partnerschaft - Europäisch sein ohne Mitgliedschaft?
Leitgedanke Kohärenz
Literatur

Chancen der Modernisierung - Die EU und Russland als Partner

Viele Dokumente, viele Kompromisslösungen

Modernisierungspartnerschaft: nach welchem Verständnis?

Die neue, inoffizielle außenpolitische Doktrin

Die EU als Partner nach dem Vertrag von Lissabon

Keine Modernisierung ohne Sicherheit, keine Sicherheit ohne Modernisierung

Literatur

Europas Nachbarn im Süden - Chancenregion Nahost

Chancen in einer Konfliktregion?

Die vier »E« - Economy, Energy, Environment +

Education

Gute Wertanlagen und viele Exporte

Wüstenstrom schafft Arbeit und spart CO

Mit Erasmus an die KAUST

Europas Südpolitik - engagiert mit bescheidenem Erfolg

Den GCC als politischen Akteur stärker einbinden

Literatur

Europas Auswärtiger Dienst - Viel Lärm um nichts

Ein neues Amt, kein neuer Schwung

Lady Ashton und ihre Widersacher

Die Kommission: Teile und herrsche

Der Rat: Wir können das besser

Die Mitgliedstaaten: Weshalb oder wofür brauchen wir den EAD?

Das Europäische Parlament: Zu hoch gepokert?

Kampf gegen den Menschenhandel - Europas schwierige Aufgabe

Die Situation

Entwicklungen im internationalen Recht

Europäische Ansätze

Mitgliedstaaten in der Pflicht

Neue Dynamik dank der schwedischen EU-

Ratspräsidentschaft

Nagelprobe für Europas Glaubwürdigkeit

Literatur

Europas Wertewelt

Weltpolitische Mission
In der Norm liegt die Macht
Für eine bessere Welt
Ausblick - Die Vereinigten Staaten von Europa

Die Autorinnen und Autoren

Über dieses Buch

»Die Einigung Europas gleicht dem Versuch, ein Omelett zu backen, ohne Eier zu zerschlagen.«

Paul Lacroix (1806-1884), französischer Schriftsteller

Europa reimt sich auf Krise. Dieser Eindruck muss sich einstellen bei der täglichen Lektüre der EU-Nachrichten. Und Brüssel reimt sich auf Bürokratie, tritt dem Bürger (angeblich) als kaltes Monster entgegen. Dabei gibt es weder das politische Europa noch jenes ominöse »Brüssel« ohne unsere Nationalstaaten, die auf sich allein gestellt zu klein, zu schwach geworden sind, und ohne uns Bürger, die wir die Freiheiten innerhalb der Europäischen Union zu schätzen wissen, auch wenn wir sie oft nicht der EU gutschreiben.

Europa reimt sich auf Erfolg. Als Friedensprojekt war schon die EWG eine Erfolgsgeschichte, als Freiheitsgeschichte erlebten sie die einstigen Diktaturen des Südens und die ehemals kommunistischen Länder des Ostens. Das politische Europa hat aus Krisen von heute stets den Erfolg von morgen zu schmieden gewusst - nicht immer auf elegante, wohl aber auf wirksame Weise.

Das Europaprogramm der Bertelsmann Stiftung analysiert in einem monatlichen Policy-Brief - wir nennen es »Spotlight Europe« - aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union, ihre Krisen, aber eben auch ihre Erfolge. Unter den Lesern der deutschen, englischen und spanischen Ausgaben sind Wissenschaftler, Journalisten, politische Entscheidungsvorbereiter, Politiker und ganz allgemein

politisch Interessierte. Jeder Bürger kann das »Spotlight Europe« kostenlos über das Internet beziehen, alle Analysen sind öffentlich zugänglich.

Aus dieser Arbeit am »Spotlight Europe« heraus entstand die Idee, ein eigenes Buch zur aktuellen EU-Politik zu machen, das die Schwerpunkte der Europaarbeit der Bertelsmann Stiftung widerspiegelt. Wir gehen dabei der Frage nach, wie die EU demokratischer gestaltet werden kann, wie sie bei ihrer gewohnten Politik neuerdings auf Grenzen stößt und sich auf die Suche nach mehr Bürgerbeteiligung machen muss. Wir überlegen, wie die europäischen Länder neue wirtschaftliche Dynamik entfalten können und wie die EU das Verhältnis zu ihren Nachbarn gestalten muss. Nicht zuletzt fragen wir, warum die EU zwar wirtschaftlich ein Riese ist, weltpolitisch jedoch nach wie vor wie ein Zwerg wirkt.

Wir freuen uns, dass *Joschka Fischer*, *Wolfgang Schäuble* und *Guy Verhofstadt* diesen Band mit ihren Ideen oder vielmehr ihren engagierten Plädoyers bereichern und für mehr Mut zur Europäischen Union werben. Als streitbare und überzeugte Europäer zeigen sie, was möglich wäre, wenn die Devise lautet: »Europa wagen«.

Das erste Kapitel widmet sich *Europas Demokratie* und den Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die EU sowie die einzelnen Mitgliedstaaten. Um Krisen wie die der vergangenen Jahre zu meistern, braucht die EU nicht nur angepasste Strukturen, sondern auch neue Leitbegriffe: mehr innere Solidarität und Selbstbehauptung. Oberstes Gebot ist für *Joachim Fritz-Vannahme* die Regel der drei Musketiere: Einer für alle, alle für einen. Wer diese Regel bricht, schwächt sich selbst und das Ganze.

Mit der Wahl des ehemaligen belgischen Premierministers Herman van Rompuy zum Präsidenten des Europäischen Rates haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs für ein

bestimmtes Profil des neuen Amtes entschieden. Dieser Präsident soll in erster Linie Vermittler und »König« der internen Kompromissfindung sein und weniger Europas Gesicht in der Welt. Aufgaben und Ziele des Amtes sowie die ersten Monate des Jahres 2010 analysiert *Dominik Hierlemann*.

Der Vertrag von Lissabon stattet die nationalen Parlamente im europäischen Entscheidungsprozess mit mehr Macht denn je aus. Das Bundesverfassungsgericht erklärte den Vertrag von Lissabon zwar für verfassungskonform, prägte aber zugleich den neuen Begriff der Integrationsverantwortung, die alle am Integrationsprozess Beteiligten wahrnehmen müssen. *Isabell Hoffmann* fragt vor diesem Hintergrund, wie der Bundestag seiner neuen Rolle in der Europapolitik gerecht wird.

Für *Dominik Hierlemann* und *Anna Wohlfarth* ist die Europäische Bürgerinitiative eine Neuerung mit Sprengkraft. Die Bürgerinitiative ist ein bisher kaum bemerktes Element des Vertrages von Lissabon. Doch diese vielfach als Placebo kritisierte Form der Scheinmitwirkung könnte die Europäische Union rasch verändern und die Entwicklung von europäischen Parteien fördern.

Wolfgang Schüssel vertritt die Überzeugung, dass der »European Way of Life« das Potenzial hat, eine ähnliche Strahlkraft wie der »American Way of Life« zu entwickeln - wenn wir nur Zögerlichkeit und Selbstmitleid überwinden und uns stattdessen auf unsere Stärken besinnen und sie selbstbewusst anwenden. In seinem Zwischenruf zeigt er aber auch, dass Europa mehr Dynamik benötigt, um vor allem mit Asien mithalten zu können: »Ein diesbezüglicher internationaler Vergleich vermittelt das Gefühl, dass sich Asien in der pole position befindet, die USA in pragmatisch-hemdsärmeliger Manier ihren Jeep steuern (ungeachtet

diverser Schlaglöcher), während Europa gemächlich im Fiaker kutschiert.« Schüssel fordert, eine neue Geschichte Europas zu erzählen - eine Geschichte der Vielfalt, der Chancen, der Ideen.

Das zweite Kapitel, *Europas Wirtschaft*, beginnt mit einer Analyse der Wirtschaftskrise in Mittel- und Osteuropa. *Cornelius Ochmann* untersucht, wie sich die Finanzkrise auf die noch »jungen« EU-Mitgliedstaaten auswirkt und wie sie damit umgehen. In der europäischen Wahrnehmung stehe der »undisziplinierte, verschwenderische, romanisch geprägte Süden« dem »reformorientierten, sparsamen, germanisch geprägten Norden« gegenüber. Aber wohin, so fragt Ochmann, gehört der »flexible, slawisch dominierte, neue Osten Europas«?

Die Lissabon-Agenda war gestern, »EU-2020« heißt nun die Nachfolgestrategie. Um nachhaltiges Wachstum zu erzielen, muss vor allem die Governance geändert werden. *Joachim Fritz-Vannahme, Armando García Schmidt, Dominik Hierlemann* und *Robert Vehrkamp* schlagen ein Benchmarking mit »naming and praising« vor, entwickeln das Konzept eines europäischen Sachverständigenrates und drängen auf mehr Forschungsmittel im EU-Budget.

Obwohl sich der Euro in der Weltwirtschaft mittlerweile als Konkurrenzwährung zum US-Dollar etabliert hat, bleibt Europa zehn Jahre nach dessen Einführung in der globalen Finanz- und Währungspolitik deutlich unter seinen Möglichkeiten. Das derzeitige Problem der Euro-Zone im IWF: Statt nach der Einführung des Euro mit einer Stimme zu sprechen, haben die Europäer ihre jeweils nationale Mitgliedschaft und Repräsentanz im IWF behalten. *Robert Vehrkamp* zeigt, dass die EU sich in dieser Frage nicht nur selbst blockiert, sondern zudem der Bremsklotz einer zeitgemäßen Governance-Reform des gesamten IWF ist - und er entwickelt eine Lösungsstrategie.

In den wirtschaftlich stark aufgestellten EU-Staaten wird bereits das Ende der Krise ausgerufen - das BIP zeigt zumindest diese positive wirtschaftliche Entwicklung an. Doch einige Wirtschaftsexperten beklagen die Fokussierung auf die Entwicklung der klassischen Wirtschaftsindikatoren. Die Folgen für die Natur, die Endlichkeit der Rohstoffe, die Klimaveränderungen, die wahre Lebenszufriedenheit des Einzelnen, sozialer Zusammenhalt und Bildung werden ausgeblendet. *Katharina Benderoth* und *Isabell Hoffmann* fassen die aktuelle Debatte zusammen und zeigen, dass der alleinige Blick auf das BIP heute keine validen Aussagen über den Wohlstand und Zustand einer Gesellschaft mehr zulässt.

Guy Verhofstadt geht in seinem Zwischenruf der Frage nach, ob die europäische Finanzkrise nun Tragödie oder vielmehr Aha-Erlebnis war. Einzelne Staaten, auch nicht die größten und reichsten, können die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auf sich allein gestellt nicht bewältigen. Die Staaten der EU, der am stärksten integrierten Region der Welt, müssen sich der Krise gemeinsam entgegenstellen. Denn die Europäer sitzen alle in einem Boot. Nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell, bei der Verteidigung ihrer Volkswirtschaften, ihrer Sozialsysteme und ihres Wohlstands, bei der Bewahrung ihrer Rechte und Freiheiten, ihres Rechtsstaats, ihrer Umwelt. Verhofstadt liefert eine Analyse der Geschehnisse rund um die Griechenland-Krise und weist den Weg zu einer gemeinsamen europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Das dritte Kapitel ist überschrieben mit *Europas Weltbild* und widmet sich den Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn sowie ihrer Rolle in der Welt. So lautet der erste Beitrag auch schlicht »Hallo Nachbar«. *Cornelius Ochmann*, *Christian-Peter Hanelt* und *Armando García Schmidt* analysieren die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Union für das Mittelmeer, die Schwarzmeer-Synergie sowie

die Östliche Partnerschaft: Wenn es um das Zusammenleben mit den Nachbarn im Osten und im Süden geht, droht die EU den Überblick zu verlieren. Die Autoren meinen: Es ist Zeit für den großen Wurf, der die vorhandenen Ansätze zusammenführt.

Cortnie Shupe widmet sich Russland und seiner Modernisierungsstrategie - vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Weltfinanzkrise hat die Kooperationsbereitschaft und die außenpolitische Ausrichtung Russlands gegenüber dem Westen geändert. Russland möchte durch wirtschaftliche Modernisierung als Weltmacht wiederauferstehen. Zudem hat der Vorschlag des russischen Präsidenten Medwedew für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur die Debatte über das Verhältnis zwischen der EU und Russland belebt.

Der Nahe Osten ist mehr als ein Hort von Konflikten, Krieg und Terror. Diese Region birgt für Europa nicht nur Risiken, sondern auch Chancen mit erheblichen Auswirkungen auf die Außenbeziehungen der Europäischen Union und Rückwirkungen auf die innereuropäische gesellschaftliche Entwicklung. In zahlreichen Ländern im Nahen Osten ist eine dynamische soziale und ökonomische Modernisierung im Gang, deren Träger eine neue Mittelschicht ist. Für Europa gilt es, diese neue Mittelschicht stärker zu entdecken und als Partner für eine gemeinsame Politik der Konfliktlösung, der Rechtsstaatlichkeit und einer gerechten sozialen und ökonomischen Entwicklung zu gewinnen. *Christian-Peter Hanelt* zeigt Potenziale und Wege für die Nahostpolitik der EU auf.

Nur wenigen Europäern ist bewusst, dass es Handel mit Menschen und Zwangsarbeit mitten unter ihnen gibt. Dabei werden jährlich Tausende von Menschen in die EU gebracht oder innerhalb der EU festgesetzt und mit Gewalt zu Prostitution oder unbezahlter Arbeit gezwungen. Wie kaum

eine andere Verbrechenart berührt diese moderne Form des Sklavenhandels den Kern des europäischen Menschenrechtsverständnisses und fordert den Rechtsstaat heraus. *Armando García Schmidt* und *Christal Morehouse* zeigen, wie die EU-Mitgliedstaaten und die EU als Ganzes um den richtigen Umgang mit diesem Problem ringen.

Mit dem Vertrag von Lissabon sollte die EU auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik fit für das 21. Jahrhundert gemacht werden. Deshalb wurde mit dem Vertrag von Lissabon das Amt des »Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik« geschaffen und mit Baroness Catherine Ashton als erster Amtsinhaberin besetzt. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) soll sie bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Aufgaben unterstützen. Hat die EU hier wirklich einen Systemwechsel vollzogen oder handelt es sich gar um eine Mogelpackung? *Stefani Weiss* untersucht, welchen Mehrwert der EAD für die EU und ihre Mitgliedstaaten haben könnte.

Die EU steht für ein friedliches Miteinander fast aller Nationen des Kontinents: Runde um Runde dehnte sich die politische Union aus und jede Erweiterung war zugleich die Bestätigung der Wertegemeinschaft. Doch was genau sind Europas Werte, was ist europäisch, wo liegen die Grenzen, geografisch oder kulturell, fragt *Joachim Fritz-Vannahme*. Politisch ist die EU ein offenes Projekt auf der Suche nach sich selbst und ihrer endgültigen Form. Als Wertegemeinschaft hingegen gibt sie sich nach außen stolz und selbstsicher - wie eine Union aus einem Guss. Doch die EU muss als Wertegemeinschaft von den eigenen Mitgliedern, ob Regierung, Parlament oder Bürger, endlich respektiert werden. Nur dann wird sich Europa auch in der Welt Respekt verdienen.

Im Anschluss an die Debatten dieses Buches gibt *Joschka Fischer* einen Ausblick: Einerseits ist die Vollendung eines

starken und integrierten Europa die entscheidende Weichenstellung für unsere Zukunft. Andererseits ist dieses Europa trotz seiner großen Erfolge in Vergangenheit und Gegenwart in den meisten europäischen Bevölkerungen unpopulärer denn je. Worin liegt dieser Widerspruch begründet und wie kommen wir zu einer klaren Vision vom Europa der Zukunft? Der ehemalige deutsche Außenminister analysiert die gegenwärtige Lage und zieht seine Schlussfolgerung: Die Vereinigten Staaten von Europa sind nur mit demokratischen Mehrheiten zu erreichen. Der Kampf um diese Mehrheiten wird lange dauern und Kraft kosten - ist er erfolgreich, wird dies zugleich die Geburtsstunde einer wahrhaft europäischen Demokratie sein. Für dieses Ziel zu kämpfen, ist aller Ehren wert, zumal uns die Alternative nur zu bewusst ist.

Unser Dank gilt zunächst allen Autoren, die unter hohem Aktualitätsdruck ihre Beiträge geliefert haben. Bedanken möchten wir uns bei *Christian Heydecker* für die Recherche zu zahlreichen Grafiken und Übersetzungsarbeiten. Ohne *Sibylle Reiter* wäre dieser Band nicht pünktlich fertig geworden. Erst durch ihre sorgfältige und geduldige Redaktion konnte das Buchprojekt gelingen. Ihr gilt unser besonderer Dank.

Joachim Fritz-Vannahme

Director, Programm »Europas Zukunft«

Herausgeber des »Spotlight Europe« in der Bertelsmann Stiftung

Dr. Dominik Hierlemann

Senior Project Manager, Programm »Europas Zukunft«

Herausgeber des »Spotlight Europe« in der Bertelsmann Stiftung

1 Europas Demokratie

Einer für alle, alle für einen

Joachim Fritz-Vannahme

Dieser 9. Mai 2010, Europatag auch in Brüssel, wird in Erinnerung bleiben. Wie stets hatten die europäischen Institutionen den Bürgern ihre sonst so strikt kontrollierten Tore weit geöffnet. Viel Volk zwischen viel kühlem Beton und Glas. Im Gebäude des Europäischen Rates wartete ihr Präsident Herman van Rompuy auf die zwölf Weisen. Unter Vorsitz des einstigen spanischen Regierungschefs Felipe Gonzalez hatten sie auf knapp 40 Seiten die Herausforderungen und Chancen für ein »Projekt Europa 2030« formuliert.

Allein ihre anderthalbjährige Arbeit war an diesem Festtag unversehens Nebensache. Denn im »Consilium«, im »Rat«, wie das Gebäude auf Lateinisch offiziell heißt, hasteten Spitzenbeamte aus den Mitgliedstaaten über die Gänge, die Mienen leichenblass vor Angst und Anspannung und die blanke Angst stand auch ihren Regierungschefs ins Gesicht geschrieben, so wurde hernach berichtet.

Es ging um die Zukunft des Euro, die Zukunft der Europäischen Union, es ging ums Ganze. In Zahlen: 750 Milliarden Euro mussten die Mitgliedstaaten aufbringen, um ihre gemeinsame Währung zu stützen. Seit Tagen stand der Euro an den Märkten unter Druck, so sehr, dass kurz vor diesem denkwürdigen 9. Mai der amerikanische Präsident

Barack Obama zum Hörer griff und die deutsche Kanzlerin und den französischen Präsidenten inständig drängte, endlich etwas zu tun.

Erst in höchster Not findet die EU zu sich zurück. Nur unter amerikanischem Druck und unter dem viel gewaltigeren der Märkte zeigt sich die Gemeinschaft gemeinschaftsfähig. An diesem Europatag hätte unschwer das Sterbeglöcklein einer Union läuten können, die sich in den Tagen und Wochen zuvor einmal mehr gedankenvoll (»Europa 2030«!) und tatenarm gab und spät, vielleicht zu spät spürte, dass ihre Rettungsaktion zur Hilfe des griechischen Partners zwei Wochen zuvor draußen in der Welt nicht sonderlich Eindruck gemacht hatte.

Zehn Tage später brachte es Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung auf den Punkt: »Jeder von uns spürt: Die gegenwärtige Krise des Euro ist die größte Bewährungsprobe, die Europa seit Jahrzehnten, ja wohl seit Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 zu bestehen hat. Diese Bewährungsprobe ist existenziell...«

Überlassen wir es den Kommentatoren, ob da nun späte Reue mitschwang - es ging an jenem 9. Mai 2010 ums Ganze. Die Existenz der Union stand auf dem Spiel. Mit Merkels Worten: »Das, was sich in jenen Tagen abspielte, war nur die ökonomische Ahnung dessen, was auf Deutschland, Europa und die Welt zukäme, wenn nicht oder falsch gehandelt würde. Die politischen Folgen dagegen sind noch nicht einmal in Gedanken vorstellbar.«

Gerade in Deutschland, als größter Exporteur im Binnenmarkt der Hauptnutznießer des Euro, hatten viele lautstark mit dem Gedanken geflirtet, man könne die Griechen doch aus dem Haus der gemeinsamen Währung weisen oder gar sich selbst unter das vermeintliche Schutzdach der guten, alten D-Mark flüchten. Ein

bestürzender Fall von Realitätsflucht, von politisch-populistischer Traamtänzerie.

Mit ein wenig Abstand sind jene Tage im Mai freilich der Idealfall, um die Aufgaben der Union nach innen und nach außen besser zu verstehen. Dieses Argument klingt nach Schwarzer Pädagogik, erst im Angesicht des Untergangs lernt der verstockte Kandidat seine Lektion. Aber genau so war es: Die Welt wartete nicht auf die EU, sie geduldete sich nicht, bis die verwinkelten Verhandlungen unter 27 Mitgliedstaaten und den großen Gemeinschaftsinstitutionen Europäisches Parlament und Europäische Kommission, Rat der Mitglieder und Zentralbank endlich ein Ergebnis zeitigten.

Die Union sieht sich selbst gern als treibende Kraft einer neuen Weltordnung. Mit einem Mal war sie die Getriebene. Dies lehrt: Will die Europäische Union auf die globalen Herausforderungen antworten, benötigt sie dafür dringend welthaltige Leitbegriffe, die für das 21. Jahrhundert taugen und konsequent in starke Institutionen und politische Prozesse übersetzt werden. Sie muss hierfür nicht lange suchen, ein wenig gesunder Menschenverstand und die Besinnung auf das Geleistete helfen beim Finden.

Neue Leitbegriffe

Die neuen Leitbegriffe sind Solidarität und Selbstbehauptung. Die Notwendigkeit einer europäischen Selbstbehauptung ergibt sich von selbst aus dem eben Gesagten. Warum aber dieses Wort so eng verknüpfen mit dem Begriff der Solidarität? Weil Selbstbehauptung nicht von selbst zu bekommen ist. Europa muss dafür etwas tun und die eigene Stärke im politischen Alltag stets neu erzeugen - durch solidarisches Handeln. Genau das fiel der

EU in den Wochen vor jenem 9. Mai unsäglich schwer. Der Preis wäre um ein Haar der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit von 27 unter sich zerstrittenen Kleinstaaten gewesen.

Das Kerngeschäft und die Kernidee der Union ist Solidarität - und das auf vertrackte Weise von Geburt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 an. So lässt sich nicht nur der damals geschaffene Europäische Sozialfonds verstehen, sondern sogar die lange alles beherrschende Gemeinsame Agrarpolitik - mit der expliziten Aufgabe, den Landwirten ein angemessenes Auskommen zu sichern. Die Vergemeinschaftung dieser Politik - was ist sie anderes als ein Akt, der Solidarität begründet und zugleich allen Beteiligten abverlangt?

Das stärkste Beispiel gelebter und nicht bloß gefühlter Solidarität ist der Euro.

Solche Instrumente und Institutionen erzeugen im Alltag Solidarität und im Krisen- und Konfliktfall erzwingen sie diese sogar. Das Wort meint also in diesem Zusammenhang nicht ein Gefühl der Sympathie, sondern die von Eigennutz beförderte Einsicht, dass in der EU die Regel der drei Musketiere oberstes Gebot ist: Einer für alle, alle für einen. Wer diese Regel bricht, schwächt sich und das Ganze. Wer die gemeinsame Solidarität aushöhlt, der untergräbt die Aussichten auf Selbstbehauptung - die eigene wie die gemeinsame. Wem hierzu die rechte Einsicht fehlte, den belehrte die Euro-Krise eines Besseren.

Solidarität und Selbstbehauptung



Quelle: Bertelsmann Stiftung

So besehen ergibt sich eine polit-logische Reihe für das einzig sinnvolle und aussichtsreiche Vorgehen Europas auf globalem Parkett: Die Union muss nach geeigneten Instrumenten und Institutionen suchen, um nach innen jenes Maß an Solidarität zu erzeugen, zu stärken und zu garantieren, das nach außen ihre Selbstbehauptung überhaupt erst ermöglicht und verstetigt.

Europa auf der Weltbühne

Vielleicht hilft hier ein Vergleich mit anderen Akteuren auf globalem Parkett weiter, gleichsam als Spiegelung des europäischen Profils. Denn in China, Russland oder selbst in

den USA gehorcht die Selbstbehauptung anderen, eben nationalen, häufig auch nationalistischen Regeln.

Kein Präsident Medwedew wird im russischen Föderationskreis Fernost oder Wolga die Gouverneure um ihre Meinung fragen, ehe er seine Politik gegenüber Washington formuliert. Ein Barack Obama wird nicht mit Kaliforniens Governor Schwarzenegger telefonieren, ehe er zu einem NATO-Gipfel reist. Und Vorsitzender Hu Jintao muss keinen der Hierarchen der Provinzen Yunnan oder Sichuan auch nur um Stellungnahme bitten, ehe er seine Außenpolitik definiert.

Diese Methode zentralistischer Entscheidung wird gern als Zeichen der Stärke gewertet - und den abstimmungsgeleiteten Europäern darum als Schwäche vorgeworfen. »Europa - welche Telefonnummer?«, spottete einst Henry Kissinger. Er selbst spricht heute aus gutem Grund nicht mehr so, wird aber von entnervten europäischen Bürgern, Politikern und Kommentatoren fleißig weiter zitiert. Doch ist der mühsame und unelegante Prozess einer permanenten Abstimmung unter 27 Partnern nicht das beste Training für den Auftritt auf der Weltbühne in einer multipolaren Zeit? Die EU ist längst ein weltpolitischer Akteur von Rang: größter Handelsblock, größter Geber von Entwicklungshilfe, mit dem Euro einstweilen zweite Reservewährung der Welt, zudem Krisen- und Konfliktschlichter auf vier Kontinenten.

Eine neue Weltordnung, die den Namen auch verdient, wird nach Regeln geformt werden, nach denen auch die EU konstruiert ist und lebt: Multilateralismus, geeinte und dabei geteilte Souveränität, gemeinsame Regeln und Normen, ein politisch eingeehter Markt, Respekt vor dem anderen.

Im Umkehrschluss freilich gilt auch: Sollte es stattdessen zur großen Weltunordnung kommen, wird kein Akteur davon

so tief getroffen werden wie die EU. Denn ihre Raison d'être hätte sich dann als globalisierungsuntauglich erwiesen.

Wer sich als Europäer heute behaupten will, der kann sich keinen andauernden Streit, keinen spürbaren Mangel an Solidarität mehr leisten - und schon gar nicht eine lange Bedenkzeit zur Abstimmung gemeinsamer Positionen. Ein einiges Europa in der Welt braucht darum ebenso willige und willensstarke Akteure in den eigenen Hauptstädten sowie gemeinsame, approbierte Verfahren und Institutionen in der Brüsseler Zentrale, die diesen Willen gestalten und beschleunigen helfen.

Im Prinzip kann der zu Recht viel gescholtene, kaum gelesene Vertrag von Lissabon durchaus helfen. Mehrheitsentscheidungen werden jetzt zum Regelfall, die Drohung mit einem Veto macht weniger Eindruck als zuvor. Aber wie die Weltwirtschaftskrise von 2008 und die Euro-Krise von 2010 auf erschreckende Weise zeigten, wird dieser Vertrag allein der Weltlage nicht gerecht. Er hielt jedenfalls keine einzige Antwort auf diese Krise bereit. Zur Selbstbehauptung der Union auf globaler Ebene bedarf es daher neuer Instrumente des solidarischen Handelns, also eines gemeinsamen politischen Willens, diese Instrumente zu schmieden.

Jetzt soll nicht gleich wieder der europäische Außenminister eingefordert werden, der im Vertrag von Lissabon nicht so heißen darf, aber in der Praxis in naher Zukunft hoffentlich genau so auftreten wird. Nein, blicken wir fürs Erste zum Beispiel auf die Doha-Welt-handelsrunde. WTO-Chef Pascal Lamy berichtet, dass trotz Stillstand in 80 Prozent aller Streitfragen inzwischen Einigkeit bestehe. Die letzte Tagung scheiterte am indischen und amerikanischen Veto, beim nächsten Mal könnte es nach dem Wechsel in Washington besser enden.

Verhandelt hatte hier im Namen der Europäer der EU-Kommissar für Handel. Gewiss gab es da, vor allem aus Paris, auch schon mal Kritik an dessen Vorgehen. Aber das Verfahren bleibt unangetastet, die EU spricht mit einer Stimme. Washington, Delhi, Kairo wissen genau, wen sie anzurufen haben.

Wenn die EU sich in Handelsfragen derart einig zeigt - warum dann nicht auch andernorts? Der ehemalige Präsident des Internationalen Währungsfonds und deutsche Bundespräsident Horst Köhler beispielsweise forderte in seiner Berliner Rede im März 2009 die Europäer auf, »ihre Interessen im IWF und in der Weltbank in einem Sitz zu bündeln«.

Eine neue Weltordnung

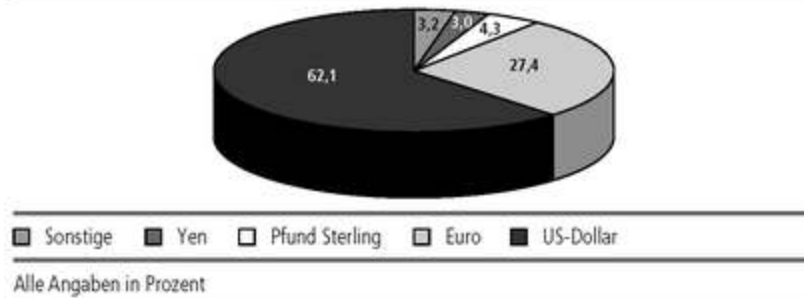
Und wenn die Europäer schon dort ihre Energien in einem Sitz und einer Stimme bündeln würden - warum dann nicht auch gleich in den Vereinten Nationen? Das steht nicht auf der Tagesordnung und würde die Interessen der europäischen Nuklearmächte Frankreich und Vereinigtes Königreich beschädigen? Doch nur, wenn man die Welt weiter in den Begriffen und Größenordnungen von 1945 denkt!

Weshalb soll die Weltorganisation über sechs Jahrzehnte nach ihrer Gründung - im Zeichen von Spätkolonialismus und aufziehendem Kalten Krieg - eigentlich noch Absprachen gehorchen, die aus einer fernen, fremden Zeit stammen, Absprachen, die damals 51 Nationen betrafen und denen heute 192 gehorchen sollen? Ein Ethos der herausziehenden Weltgesellschaft wird sich in neuen Regeln niederschlagen müssen: Die Europäer würden nach innen - Solidarität! - wie nach außen - Selbstbehauptung! -

gewinnen, wenn sie diesen Übergang zu neuen Regeln selbst einleiten und betreiben würden.

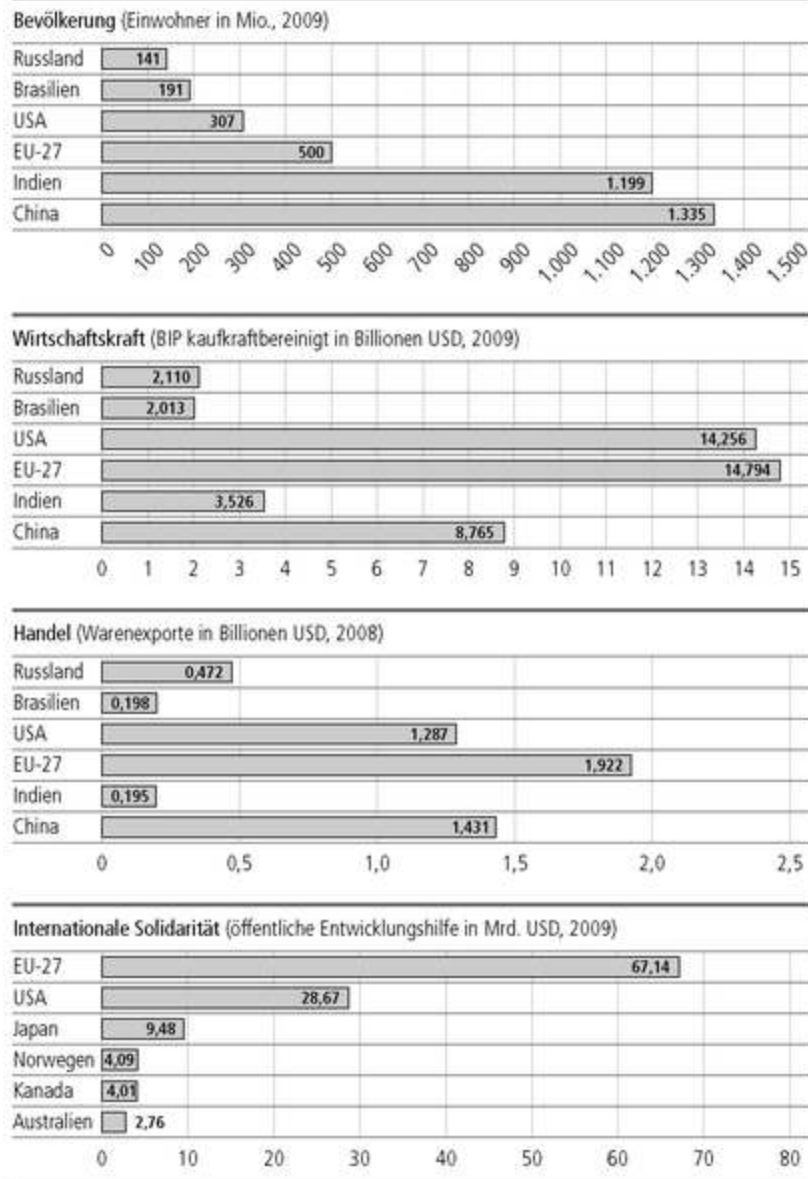
Weltmacht Europa?

Leitwährung (Verteilung der internationalen Währungsreserven, 2009)



Quelle: IWF, WTO, OECD

Weltmacht Europa?



Quelle: IWF, WTO, OECD

Die eurozentrische Welt ist heute passé, endgültig, und die transatlantische Vorherrschaft des Westens geht auch zu Ende. Der Kreis der Akteure ist rapide gewachsen und wächst weiter - Japan gehört seit Langem dazu, auch Südkorea, sodann Russland, China, Indien, Brasilien, die sogenannten BRIC-Staaten, aber auch Indonesien, Mexiko,

Südafrika, die Staaten am Golf. Als sich Anfang April 2009 die G-20-Staaten zum Krisengipfel in London trafen, da bedeutete allein schon das formale Arrangement den Abschied von der alten Welt, vielleicht brachte es sogar schon eine Formel für die neue, heutige Welt.

Zugegeben, das nötige weltpolitische Instrumentarium der EU für ihre neue Rolle ist noch im Entstehen begriffen. Mehr noch hinken das europäische Selbstverständnis und das strategische Denken den eigenen Möglichkeiten und den neuen Tatsachen hinterher. Nach den beiden Jahrzehnten der nötigen und erfolgreichen Neuordnung Europas muss sich künftig der Blick dieser EU auf den ganzen Globus richten. Ohne Solidarität und Selbstbehauptung wird die Union in dieser Welt zur Randgröße schrumpfen, nicht Subjekt, sondern Objekt der Zeitläufte. Entweder sie beherzigt die Regel: Einer für alle, alle für einen. Oder aber sie erleidet dieses Schicksal: Keiner kommt alleine durch. So ist die Welt nun einmal.

Der Euro in Not

Mit aller Härte mussten die Europäer im Frühjahr 2010 in der Griechenland-Krise erleben, dass die Krise des Euro zur Krise der EU answoll. Jener Schutzschirm von 750 Milliarden Euro (so viel gibt der EU-Haushalt in sechs Jahren aus!) konnte zwar die Märkte einigermaßen beruhigen. Im Fortgang aber muss er zu jener Wirtschaftsunion führen, die beim Beschluss einer Wirtschafts- und Währungsunion vor fast zwei Jahrzehnten am Widerstand vieler europäischer Partner, aber auch vieler Kräfte in der damaligen Regierung Helmut Kohl (der sie wollte, aber nicht bekam) scheiterte.

Vor allem französische Präsidenten von François Mitterrand bis Nicolas Sarkozy führten gern die Forderung